Nr. 572 – 13.02.2017

Gegenaktionen zum Aufmarsch der Nazigruppierung "Karlsruhe wehrt sich"

am 17.02.2017 ab 18 Uhr auf dem Stephanplatz

montags-info

DKP

FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - GEGEN SOZIALABBAU

Vormarsch in den Osten

Der deutsch geführte NATO-Kampfverband wird in Litauen stationiert. Die deutschen Truppen sind damit wieder in ein Gebiet vorgedrungen, in dem sie in der ersten Hälfte der 1940er Jahre einen Vernichtungsfeldzug durchführten.

Nachdem am 24. Januar bereits ein 17 Mann starkes Vorkommando in der litauischen Hauptstadt Vilnius eingetroffen war, sind in der letzten Woche weitere 70 Bundeswehrsoldaten in Kaunas, der zweitgrößten Stadt des Landes, eingerückt. Sie richten sich nun auf ihrem Stützpunkt in Rukla etwa 100 Kilometer nordwestlich von Vilnius ein, wo Ende letzter Woche die ersten Transporte mit Panzern und weiterem Kriegsgerät erwartet wurden. Auch Soldaten anderer NATO-Staaten sind schon vor Ort. Alles in allem werden 450 deutsche Militärs in Rukla stationiert. Die NATO-Battle-Group in Litauen – ein verstärktes Bataillon, das Teil der neuen „Enhanced Forward Presence" („Verstärkter Vorwärtsdrang") des westlichen Kriegsbündnisses ist – wird auf insgesamt knapp 1.200 Soldaten anwachsen.

Die erste stetige Stationierung deutscher Truppen auf dem Territorium der früheren Sowjetunion richtet sich gegen Russland und ist Teil einer weitaus stärkeren militärischen Anordnung, die insgesamt vier verstärkte NATO-Bataillone sowie eine US-Kampfbrigade in Osteuropa umfasst. Sie kann jederzeit durch eine US-Division ergänzt werden.

Die Vereinigten Staaten haben im Rahmen ihrer „Operation Atlantic Resolve" („Operation atlantische Entschlossenheit") eine Kampfbrigade mit über 4.000 Soldaten sowie mehr als 2.000 Panzern, Haubitzen und Militärtransportern nach Osteuropa entsandt, wo sie von Estland bis Bulgarien an Manövern teilnehmen wird. Hinzu kommt die Stationierung von US-Militärgerät in Westdeutschland, den Niederlanden und Belgien; dort werden Fahrzeuge und Waffen für eine vollständige US-Armeedivision (15.000 bis 20.000 Soldaten) einsatzfähig bereitgehalten.

Die litauischen Einheiten, mit denen die Bundeswehr kooperiert, werden in zunehmendem Maße mit deutschen Waffen ausgerüstet. Die litauische „Eisenwolf"-Brigade, die in Rukla ihr Hauptquartier hat, wird mit 16 Panzerhaubitzen 2.000 aus Beständen der Bundeswehr aufgerüstet; zudem erhält sie fünf weitere Haubitzen zu Übungszwecken sowie 26 Panzer-Kommandofahrzeuge und sechs Evakuierungspanzer des Deutschen Heeres. An der Ausrüstung der litauischen Streitkräfte verdient nicht zuletzt die deutsche Industrie: Vilnius hat im August vergangenen Jahres 88 Transportpanzer GTK Boxer bestellt, welche die deutschen Waffenschmieden Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann bis 2021 ausliefern werden. Der Auftrag beläuft sich auf einen Gesamtwert von 390 Mio. Euro. Bei der Bundeswehr heißt es, die Nutzung deutschen Kriegsgeräts erleichtere den gemeinsamen Kampf.

Innerhalb dieses auf die Einkreisung Russlands gerichteten Hochrüstungs-szenarios ist die Bundeswehr nun zum ersten Mal kontinuierlich auf dem Territorium der früheren Sowjetunion stationiert. Die deutschen Truppen sind – ohne einen offenen Krieg – in ein Gebiet vorgedrungen, in dem ihre Vorgängerstreitkräfte zuletzt in der ersten Hälfte der 1940er Jahre einen Vernichtungsfeldzug durchführten. **UZ, 10.02.2017, gekürzt**

Minijobber und Mindestlohn

Fast jeder zweite verdiente auch nach Einführung des Mindestlohns weniger als 8,50 Euro.

Bei der Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns für geringfügig Beschäftigte gibt es nach wie vor erhebliche Lücken. … Das ergibt sich aus einer neuen Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Sie zeigt auf Basis der aktuellsten verfügbaren Daten, dass 2015 knapp die Hälfte der Minijobber weniger als den Mindestlohn von damals 8,50 Euro brutto pro Stunde bezahlt bekam. Der Anteil sank im Jahresverlauf nur langsam. „Die Zahlen lassen keinen Zweifel daran, dass die Betriebe bei einem erheblichen Teil der Minijobber nicht wie gesetzlich vorgeschrieben die Löhne erhöht haben. Die geringfügige Beschäftigung bleibt weiter überwiegend von Niedriglöhnen geprägt“, konstatieren die Studienautoren Dr. Toralf Pusch und Dr. Hartmut Seifert. Das Mindestlohngesetz werde bei Minijobs offenbar „noch längst nicht flächendeckend angewendet“, schließen die Arbeitsmarktforscher. Es mangele an effektiven Kontrollen.

Die Missachtung des Mindestlohngesetzes füge sich ein in das Muster der insgesamt oft problematischen Arbeitsbedingungen bei Minijobs, betonen die Forscher. So haben verschiedene Studien gezeigt, dass geringfügig Beschäftigte häufig auch keine Lohnfortzahlung bei Krankheit oder im Urlaub erhalten – obwohl sie einen gesetzlichen Anspruch darauf haben. „Dieses Ergebnis signalisiert, dass es offensichtlich nicht ausreicht, Mindestlöhne per Gesetz vorzuschreiben“, erklären die Forscher. „Notwendig sind geeignete Maßnahmen einer wirksamen Kontrolle.“

aus: www.boeckler.de

Niedrige Löhne jetzt heißt Altersarmut später

73 Millionen Menschen sind rentenversichert. Die Absenkung der Rente geht also uns alle an. Wollen wir Altersarmut von Jüngeren, Jugendlichen und Älteren verhindern, müssen wir um höhere Einnahmen für die gesetzliche solidarische umlagefinanzierte Rente kämpfen. Denn sie hat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem. Das ließe sich leicht lösen. Die Einnahmen können wesentlich erhöht werden, wenn

- die Einkommen der Beschäftigten erhöht
- die Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich reduziert und dadurch mehr kurze Vollzeitarbeitsplätze geschaffen würden
- prekäre Beschäftigungsverhältnisse in kurze Normalarbeitsplätze umgewandelt und
- die Arbeitgeber paritätisch in die Finanzierung der Rente einbezogen würden.

Eine Wertschöpfungsabgabe, die Einbeziehung aller Beschäftigten sowie staatliche Leistungen durch Steuern zu finanzieren, würde zur weiteren Entspannung der Einnahmen beitragen. Mit andern Worten, es geht darum, unseren Anteil am Produktivitätsfortschritt gemeinsam – jung bis alt – gegen Unternehmer und -innen, gegen die herrschende Klasse durchzusetzen. Oder marxistisch gesprochen, wären wir in der Lage, den Ausbeutungsgrad wieder zu verringern, hätten wir auch keine Altersarmut.

Den Kampf müssen alle Generationen gemeinsam führen, die Rentnerinnen und Rentner, die derzeit arbeitende Generation und die Jugendlichen. Letztere besonders, denn die derzeitige Politik raubt ihnen die finanzielle Zukunft. Jede Rentenpolitik heute trifft die Rentner, aber Kinder und Jugendliche sind noch viel härter betroffen. Denn jede Absenkung der Renten pflanzt sich unvermindert, ja ausweitend, über Generationen hinweg fort, wenn die Raubgesetze nicht rückgängig gemacht und durch menschenfreundlichere ersetzt werden. An der Absenkung der Renten würden Generationen von Aktionären der Konzerne und Versicherungsgesellschaften verdienen. Denn die Privatisierung der Rente, wie sie mit der Riesterrente begonnen wurde und jetzt mit der neuen sogenannten Betriebsrente fortgesetzt werden soll, ist organisiertes umfassendes Wildern in der gesetzlichen solidarischen Altersvorsorge. Schon jetzt sind mehr als 2,7 Millionen Menschen über 65 Jahre arm oder von Armut bedroht.

aus: UZ – Unsere Zeit vom 03.02.2017, gekürzt

Veranstaltungshinweise

"Ihr seid Träumer", sagte der Traum

Dienstag, 14.02.17 um 19 Uhr in der Scheune der Diakonie, Ettlingen, Pforzheimer Str. 31

Lesung aus dem gleichnamigen Roman unseres Genossen Manfred Jansen. Organisiert von DGB Kreisverband Karlsruhe-Land und DGB-Stadtverband Ettlingen/Malsch/Albtal.

“Widerstand im Konzentrationslager Dachau”

Samstag, 18. Februar, Beginn: 18:00 Uhr (Vortrag: ab 19:00 Uhr) Ort: Stadtteilladen Barrio137, Luisenstraße 31, 76137 Karlsuhe-Südstadt

Antifa-Abend im Barrio137 mit dem persönlichen Zeitzeugen Manfred Jansen.